

# Straßenbaubeiträge in Uetersen

Das sagen die beiden Bürgermeisterkandidaten Baris Karabacak (CDU) und Dirk Woschei (SPD)

Von Klaus Plath

**UETERSEN** Über kommunalpolitische Fragen entscheidet in Uetersen die Ratsversammlung. Der Bürgermeister sorgt dafür, dass diese politischen Beschlüsse umgesetzt werden. Beim Thema Straßenbaubeitragsatzung verhält es sich ebenso. Die Politik bestimmt, der Verwaltungsleiter führt aus. Doch natürlich kann ein vom Volk gewählter Bürgermeister eine Meinung zu politischen Themen haben und darf diese auch äußern. Unsere Zeitung hat die beiden in Uetersen zur Stichwahl zugelassenen Bürgermeisterkandidaten Baris Karabacak (CDU) und Dirk Woschei (SPD) mit dem Thema Straßenbaubeitragsatzung konfrontiert.

Karabacak sagt: „Ich möchte Uetersen zu einer Stadt machen, in der die Menschen unabhängig von ihrem Alter zufrieden und glücklich leben. Dazu gehört für mich die Entlastung der Anlieger und Grundeigentümer genauso wie stabile Finanzen für eine gute Zukunft der jüngeren Generation. Das Land greift den Kommunen mit der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2021 und den Corona-Hilfen in den nächsten Jahren stark unter die Arme, um gut durch die Krise zu kommen und für die kommenden Herausforderungen gerüstet zu sein. Als neuer Bürgermeister werde ich gemeinsam mit der Ratsversammlung einen Weg finden, wie wir zukünftig auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen verzichten können“.

Woschei hat zu der Frage der Einflussmöglichkeiten des Bürgermeisters auf kommunalpolitische Entscheidungen ebenfalls eine klare Position: „Paragraf 55 der Gemeindeordnung bestimmt, dass der Bürgermeister als Leiter der Verwaltung (...) die Beschlüsse der Ratsversammlung vorbereitet und ausführt. Natürlich darf der Bürgermeister darüber hinaus neue Ideen entwerfen und über das Tagesgeschäft hinausgehende Projekte vorschlagen. Dabei sollte er alle Akteure und Betroffenen miteinbeziehen und insbesondere mit den Bürgern auf breiter Basis



Baris Karabacak (CDU, links) und Dirk Woschei (SPD) wollen Bürgermeister in Uetersen und somit Chef im Rathaus (Bildhintergrund) werden. FOTO: KLAUS PLATH

diskutieren. Sodann erfolgt die konkrete Beratung und Beschlussfassung in der Ratsversammlung.“

Woschei führt weiter aus, dass das Thema Straßenbaubeiträge bereits ausführlich im letzten Landtagswahlkampf diskutiert wurde: „Die gegenseitigen Positionen sind geklärt. Überdies hat sich die Ratsversammlung einmütig eine eigene Meinung gebildet. Raum für eine hiervon abweichende Position des Bürgermeisters ist bei diesem ausgelutschten Thema nicht mehr gegeben, zumal der Bürgermeister tatsächlich in dieser

Frage keinerlei Entscheidungskompetenz hat.“ Grundsätzlich vertritt Woschei die Ansicht: „Ein kluger Bürgermeister vermeidet unnötigen und fruchtlosen Streit in der kommunalen Familie und verwendet lieber seine Kraft auf seine eigentliche Aufgabe, die Führung der Verwaltung.“

## Keiner zahlt gern Steuern

Auch in der Sache ist die Haltung des SPD-Kandidaten völlig klar: „Keiner zahlt gerne Steuern und Abgaben, insbesondere dann, wenn diese Abgaben die übliche eigene Le-

bensführung erheblich beeinträchtigen können. Ich habe daher volles Verständnis für die Forderung von betroffenen Grundstückseigentümern. In der Tat ist es die beste Lösung, die Kosten für den Straßenausbau aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, zumal die Unterhaltung des öffentlichen Straßennetzes ohnehin zu den Pflichtaufgaben der Stadt gehört.“ Allerdings könne man jeden Euro nur einmal ausgeben, hält Woschei fest. „Und die Mittel in unserem städtischen Haushalt sind äußerst begrenzt. Sollte also der Straßenausbau aus städtischen Mitteln

finanziert werden, so muss an anderer Stelle gekürzt werden, etwa bei der Förderung des Sports, bei der Pflege und Ausstattung von Schulen und Kindergärten oder bei der Unterhaltung und Pflege der öffentlichen Grünanlagen. Die tatsächliche Erfahrung aus anderen Städten, die die Straßenausbaubeiträge ersatzlos gestrichen haben, zeigt jedoch, dass der Straßenausbau dort weitgehend unterbleibt. Das kann nur für eine kurze Zeitspanne gut gehen.“

Woscheis Schlussfolgerung: „Daher begrüße ich die richtungweisende Position unserer Ratsversammlung aus dem März 2019: Die Straßenausbaubeiträge werden zu dem Zeitpunkt ersatzlos gestrichen, wenn das Land – wie im Landtagswahlkampf versprochen – die Kosten für den kommunalen Straßenausbau aus Landesmitteln übernimmt. Dann gäbe es keine Belastung unseres städtischen Haushalts und alle wären zufrieden.“ Abschließend kündigt er an, nach seiner Wahl gemeinsam mit den Bürgermeistern der anderen betroffenen Städte und Gemeinden und über den Städtebund das Land auffordern zu wollen, die Versprechen aus dem letzten Landtagswahlkampf einzulösen.

## KOMMENTAR

### Keine Frage für einen Bürgermeisterkandidaten

Die Kompetenzen eines Bürgermeisters in Schleswig-Holstein sind begrenzt. Politische Entscheidungsbefugnis in der Sache hat er so gut wie nicht. Politisch zu agieren, ist dem Kommunalparlament vorbehalten. Und das, obwohl beide Seiten, Politiker wie Verwaltungsleiter in direkter Wahl vom Volk gewählt werden. Da sollte man doch meinen: Der Chef darf entscheiden. Darf er auch, aber nur innerhalb des Rathauses. Er ist Dienstvorgesetzter der Verwaltung, nicht Teil des Ortsparlaments. Insofern ist ein Bürgermeister auch gut beraten, sich auf diese Rolle zu konzentrieren. Mandatsträger haben es zuweilen nicht gern, wenn ihnen ins Handwerk gepfuscht wird. Es ist allerdings

überhaupt nichts dagegen einzuwenden, dass sich ein Bürgermeister positioniert, sich vielleicht sogar auf die Seite der ihn gewählt habenden Bürgerschaft schlägt. In der Sache nützt ihm das allerdings nicht viel. Seine Kompetenz sollte er daher vielmehr in den Gremien ausüben, denen er angehört und in denen er etwas zu sagen hat. Zum Beispiel im Städteverband. Da kann er dann auch anmahnen und sich gegenüber dem Land deutlicher positionieren, wenn es zum Beispiel um eine vernünftige Ausstattung der Kommunen mit finanziellen Mitteln geht.

Und vielleicht gibt es irgendwann ja tatsächlich Geld vom Land, damit die Kommunen ihre Straßen und Wege nicht nur

unterhalten, sondern zu gegebener Zeit auch neu bauen können. Ein bis zwei Millionen Euro werden dafür in Uetersen Jahr für Jahr benötigt. Dann kann auch die nervige Straßenbaubeitragsatzung abgeschafft werden, dann muss auch nicht mehr über wiederkehrende Beiträge oder eine zweckgebundene Erhöhung der Grundsteuer zugunsten des Straßenausbaus – was nur bei einer ausgeglichenen Haushaltslage möglich ist – philosophiert werden. Fakt ist (leider), dass die Stadt derzeit auf Drittmittel angewiesen ist, möchte sie eine abgängige Straße nachhaltig in einen akzeptablen Zustand versetzen. Und dabei kommt dem Bürger eine zentrale Rolle zu: der des Finanziers.

Sind Sie für oder gegen die Straßenbaubeitragsatzung? Das ist eine Frage, die ein Bürgermeister zwar beantworten kann, die er aber in der Sache nicht zu verantworten hat. Zu verantworten hat er die Arbeitsleistungen seiner Mitarbeiter. Insofern sollte man einem Kandidaten für den Chefposten im Rathaus besser die Frage stellen, welche Personalführungsqualitäten er aufzuweisen hat. Oder wie es um seine Fähigkeiten bestellt ist, gegebenenfalls als Mentor aufzutreten. Beide Stärken werden gebraucht – nicht nur in Uetersen.



Klaus Plath  
berichtet für uns über  
Uetersener Themen

klaus.plath@a-beig.de